

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
17 / 2010

# Auf der Suche nach Gemeinsamkeit

Gesellschaften in sozialer, religiöser und  
ethnischer Vielfalt

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

■ MUSICA PRO PACE 2009

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

978-3-89971-620-7



# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial . . . . .	9

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

<i>Kinder – von Armut und Chancenlosigkeit bedroht?</i> Mit Mechthild Ross-Luttmann, Ekin Deligöz und Christoph Butterwegge . . . . .	15
---	----

<i>Staat und Religionen heute</i> Mit Antje Vollmer, Christian Wulff und Peter Steinacker. . . . .	37
---	----

<i>Yes, we can! – Weltpolitische Neuorientierung der Weltmacht USA?</i> Mit Jackson Janes und Karsten D. Voigt . . . . .	59
---	----

<i>Failed States – Versagende Staatlichkeit als Risiko für den Frieden</i> Mit Gunter Pleuger, Lotte Leicht und Ulrich Schneckener . . . . .	83
---	----

István Hiller, Budapest <i>Europa sieht Deutschland: Ungarns Weg in die Europäische Gemeinschaft</i> . . . . .	109
---	-----

<i>Die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien im europäischen Vergleich</i> Mit Armin Laschet, Paul Scheffer und Wolfgang Zank . . . . .	123
--	-----

## II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2009

Stefan Hanheide, Osnabrück

*Demaskierung der politischen Verführung und ihrer Musik.*

*Zu Mauricio Kagels Hörspiel »Der Tribun« (1979) . . . . . 151*

## III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Thomas Vogtherr, Osnabrück

*Juden, Christen und Muslime –*

*Gab es ein Europa der drei Religionen im Mittelalter? . . . . . 159*

György Széll, Osnabrück

*Das Ende der Blockkonfrontation.*

*Die Veränderung der Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs . . . 177*

Rainer Werning, Köln

*Krisenkataster Südphilippinen. In einer der ältesten Konfliktregionen*

*Südostasiens verlief der Friedensprozess bislang im Zick-Zack-Kurs . 199*

## IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 219

Abbildungsnachweis . . . . . 225

# Staat und Religionen heute

Podiumsveranstaltung in der  
OsnabrückHalle am 6. Mai 2009

*Dr. Antje Vollmer*

Vizepräsidentin des Deutschen  
Bundestages a.D., Publizistin, Berlin

*Christian Wulff*

Ministerpräsident des Landes  
Niedersachsen, Hannover

*Prof. Dr. Peter Steinacker*

Kirchenpräsident a.D. der  
Evangelischen Kirche in Hessen  
und Nassau, Frankfurt

*Prof. Dr. Reinhold Mokrosch*

Universität Osnabrück –  
Gesprächsleitung

*Reinhold Mokrosch:* Das Verhältnis zwischen Staat und Religionen ist im Umbruch. Ein neuer ›Kulturkampf‹ zwischen Gegnern und Befürwortern eines öffentlichen Einflusses von Kirchen und Religionen hat begonnen. Der Wind bläst Kirchen und Religionen ins Gesicht, und auch zwischen Kirche und Staat ist nichts mehr selbstverständlich.

Die *Gegner* eines öffentlichen Einflusses der Religionen auf Gesellschaft und Staat fordern etwa die Abschaffung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach. Und sie fordern die Einstellung der staatlichen Unterstützung für Kindergärten, Schulen, Seniorenheime und Krankenhäuser in kirchlicher oder andersreligiöser Verantwortung. Sie fordern auch, das Subsidiaritätsprinzip außer Kraft zu setzen und die theologischen Fakultäten an Universitäten abzuschaffen – einschließlich islamischer und jüdischer Sektionen. Umstritten ist auch die aktuelle politische Forderung, an deutschen Universitäten die Ausbildung muslimischer Imame zu ermöglichen. Vielfach wird gefordert, die Krankenhaus- und Militärseelsorge abzuschaffen, keine religiösen Symbole wie Kruzifix, Kopftuch, jüdische Kippa in öffentlichen Gebäuden zuzulassen und nicht länger eine Gottesformel in Verfassungen oder in einem Amtseid vorzusehen.

Die *Befürworter* eines öffentlichen Einflusses von Religionen fordern, diesen möglichst noch zu vergrößern, d.h. in allen Bundesländern – auch in Berlin – den Religionsunterricht als verpflichtendes Unterrichtsfach durchzusetzen, religiöse Symbole wie Kruzifix, Kippa, Kopftuch in öffentlichen Gebäuden zuzulassen, den Gottesbezug möglichst auch in die europäische Verfassung aufzunehmen.

Die Forderungen beider Seiten, der Religionsgegner und der Religionsbefürworter, sind bisher unerfüllt geblieben.

Wie denkt darüber die Mehrheit der Deutschen? Sie fordert eine Trennung von Religionen und Staat, denn, so sagen die meisten, »Religion ist Privatsache«. Aber zugleich finden die Forderungen der Religionsgegner wenig Anklang. Viele erklären sich mit einem Religionsunterricht einverstanden, sei er nun christlich, jüdisch oder muslimisch. Auch die staatliche Unterstützung von Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft wird toleriert. Manche Konfessionslose schicken ihre Kinder sogar in kirchliche Schulen, weil die eben »gut« seien, wie es oft heißt. Bei der Frage nach den theologischen Fakultäten, religiösen Symbolen und der Gottesformel teilen sich die Geister. Meist wird eine Trennung von Staat und Kirche bei gleichzeitiger Kooperation favorisiert.

Wie lange wird dieses ausbalancierte Verhältnis stabil bleiben?

Zunehmend wird die »Nichteinmischung« der Kirchen in Fragen der Verhütung oder des Abbruchs von Schwangerschaften oder gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften verlangt. Kommen noch Konflikte um Kopftuch oder Kippa, um die Schächtung von Tieren, die sargfreie Beerdigung oder den Ruf des Muezzin hinzu, dann beklagen viele einen zu großen Einfluss der Religionen.

Meine Fragen an die Podiumsteilnehmer lauten daher:

Herr Ministerpräsident Wulff, haben Sie Verständnis für Forderungen nach einer Verringerung des Einflusses der Religionsgemeinschaften?

Herr Kirchenpräsident Steinacker, müssen die Kirchen sich künftig neu verorten?

Frau Bundestagsvizepräsidentin Vollmer, Sie warnen in Ihrem Buch vor den Radikalen unter den Gläubigen. Muss man nicht auch warnen vor den Radikalen unter den Ungläubigen?

*Christian Wulff:* Ich bin nicht so pessimistisch. Nach meiner Ansicht steht eine Renaissance der Religionen bevor, und zwar sowohl der christlichen Kirchen als auch der jüdischen und der muslimischen Gemeinden. Die Angehörigen der Glaubensgemeinschaften werden ihren Anspruch, dass in ihrer Religion auch ein Bildungsangebot in den Schulen vorgehalten wird, deutlich vorbringen. Der Religionsunterricht wird auf Dauer nicht von einem allgemeinen Ethikunterricht abgelöst werden.

Eine funktionsfähige marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung benötigt vor allem verantwortliches Verhalten der Einzelnen. Die Begründer der sozialen Marktwirtschaft haben immer darauf hingewiesen, dass man an den Einzelnen appellieren muss, an seine Verantwortlichkeit, an seine ethischen Fundamente und dass, wenn es an Moral und Ethik mangelt, keine sinnvolle Entwicklung möglich ist.

So gehört es für mich zu den wichtigsten Fragen des 21. Jahrhunderts, wie sich das Klima zwischen den Religionen und den theologischen Lehren künftig entwickeln wird. Die Kernfrage ist, ob es eher ein Miteinander oder eher ein Gegeneinander geben wird.



Christian Wulff

Der Westfälische Friedensschluss von 1648, mit dem der Dreißigjährige Krieg beendet werden konnte, wurde zum Vorbild für spätere Friedenskonferenzen, weil man dabei das Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten zugrunde legte. Kern der damaligen Regelungen war ein Reichsreligionsrecht, ein Modell des Miteinanders verschiedener Glaubensüberzeugungen, das zu Folge hatte, dass das Bistum Osnabrück im Wechsel von einem katholischen und einem evangelischen Bischof geführt wurde. Dies war ein Modell für den Verzicht der Konfessionen, den eigenen Wahrheitsanspruch mit Gewalt durchzusetzen. Das hat das Verhältnis der Konfessionen zueinander grundlegend verändert.

Diese Debatte um das Verhältnis der Religionen dauert bis heute an. Einst gestattete der König von Hannover einer Glaubensminderheit zwar die Durchführung ihres Gottesdienstes. Das Gotteshaus aber durfte von außen nicht als solches erkennbar sein. Es sollte wie ein Wohnhaus aussehen, durfte keinen Kirchturm haben, durfte die Mehrheitsgläubigen nicht provozieren. Das erinnert sehr an heutige Debatten um Moscheebauten, um den Muezzin und um das Minarett. Bemerkenswert ist aber auch der Gedanke, dass die Mehrheit nicht von den Andersgläubigen provoziert werden darf. Das Verhältnis der Konfessionen ist bis heute ein großes Thema. Deshalb begrüße ich es sehr, wenn es gelingt, im Jahr 2010 einen großen Kongress zum Thema »Religionen und Weltfrieden« in der Friedensstadt Osnabrück durchzuführen.

Der *innere Friede* zwischen den Religionsgemeinschaften und Konfessionen meint auch Ökumene als Dialog der Religionen. Dies ist eine vorrangige Aufgabe der Religionsgemeinschaften. Aber auch der säkulare Staat ist aufgerufen, dabei mitzuwirken, denn jeder Gläubige ist auch Staatsbürger, und es geht den Religionsgemeinschaften und dem Staat letztendlich um dieselben Menschen und ihre Lebensbedingungen.

Staat und Religionen sind verschieden, werden unterschieden, ja sind voneinander getrennt. Jedoch sind beide, bei vielfältiger Kooperation, in Freiheit verbunden. So lässt sich das Verhältnis von Religionsgemeinschaften und Staat heute umschreiben. Ich erlebe vielerorts, wie stark Religionsgemeinschaften uns in der Politik helfen, indem sie Krankenhäuser, Kindergärten, Beratungsstellen und Beratungsangebote vorhalten und dabei auch Werte und religiöse Überzeugungen prägen. Das alles ist begrüßenswert, und damit gibt der Staat seine weltanschauliche Neutralität keineswegs auf. Er bleibt neutral, kann aber Kontakte mit einer Religion knüpfen und sich zu gemeinsamen Aufgaben verpflichten. Die Pflicht des Staates ist es, die freien Kräfte in der Gesellschaft nicht nur zu dulden, sondern sie bei ihrer Entfaltung zu unterstützen. Damit unterscheidet sich das deutsche Verhältnis einer Partnerschaft von Kirche und Staat vom Prinzip gegenseitiger Unabhängigkeit mit Betonung der Trennung, wie es in Frankreich und in den USA existiert, ebenso wie vom Modell der Privilegierung einer Kirche, wie im Fall der Staatskirchenmodelle z.B. in Großbritannien oder Schweden. Bei uns können die Religionsgemeinschaften ihre Angelegenheiten selbst regeln. Sie haben aber auch einen Anspruch auf Unterstützung dafür, in den öffentlichen Bereich hineinzuwirken.

Religion ist über kurz oder lang sehr politisch. Nach Gründung der Bundesrepublik war unser Bundesland im Hinblick auf kirchenrechtliche Regelungen ein Vorreiter. 1955 wurde der erste Staatskirchenvertrag umfassenden Inhalts im Kloster Loccum geschlossen. Nach dem Loccumer Vertrag von 1955 kam es 1965 zum »Niedersachsenkonkordat« zwischen



der Landesregierung und dem Apostolischen Nuntius für die katholische Seite. Das führte zum Bruch der damaligen Regierungskoalition, weil das, worauf sich der Staat hier gegenüber der katholischen Minderheit im Land Niedersachsen verpflichtete, den Liberalen viel zu weit ging. Heute haben wir auch staatsrechtliche Vereinbarungen mit den verschiedenen jüdischen Gemeinden und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden. Und ich bemühe mich darum, dass wir zu einem solchen vertraglichen Verhältnis in den nächsten Jahren auch mit den Muslimen in Niedersachsen kommen werden. Eine solche Vereinbarung soll später in einen Staatsvertrag münden.

Ich betrachte die aktive Rolle der Religionen und die Anerkennung, die die Religionsgemeinschaften genießen, als einen Segen für unser Land. Sie sollten sich natürlich unseren Grundwerten und unserem Grundgesetz gegenüber verpflichtet sehen. Und wenn sie wirklich mitwirken wollen, sollten sie sich nicht absentieren und eine Parallelgesellschaft in unserem Land errichten wollen. Die Religionsgemeinschaften haben bei uns grundgesetzlich verbrieft Freiheiten. Die Verfassung räumt ihnen nicht nur ein Selbstverwaltungsrecht ein, sondern anerkennt die gänzliche Freiheit der Religionsgemeinschaften von Aufsicht und Bevormundung. Das beinhaltet auch die eigene Rechtsetzung der Kirchen, eine eigene Rechtsprechung innerhalb der Religionsgemeinschaften. Der Staat respektiert die gesellschaftliche Bedeutung der Religionsgemeinschaften und ihr Wirken für das Gemeinwohl, indem er ihnen den Status von *Körperschaften des öffentlichen Rechts* zuerkennt. Damit haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Der Staat bzw. das Land zieht die Kirchensteuer ein, er sorgt für den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen unter seiner Aufsicht, aber in inhaltlicher Verantwortung der Religionsgemeinschaft. Das Land gewährt Religionsgemeinschaften das Recht, Schulen in eigener Trägerschaft zu errichten und zu unterhalten. In Hannover wurde bereits eine türkische Schule gegründet und aus diesem Recht heraus genehmigt. Der Staat bzw. das Land beteiligt sich im Rahmen des Schulfinanzausgleichs an den entstehenden Kosten. Das Land bildet Theologen aus, demnächst an der Universität Osnabrück auch Imame in deutscher Sprache, weil es auf Dauer nicht richtig sein kann, dass die Geistlichen aus den Herkunftsländern kommen, ihren Bildungsauftrag nur in der eigenen Sprache verfolgen und keine Transparenz hergestellt wird. So kann man keinen Anteil nehmen, kann nicht verstehen, was z.B. Inhalt des wichtigen Freitagsgebetes ist. Hier muss Offenheit sein, um sich verstehen, aufeinander hören und in Dialog treten zu können.

Der Staat gewährleistet auch die *Seelsorge* für Soldatinnen und Soldaten, ferner in Krankenhäusern und in Strafanstalten. Wir müssen uns darüber beraten, ob wir auch der wachsenden Zahl von Muslimen diese

Betreuung zuteilwerden lassen. Diesen Anspruch können die Betroffenen sehr wohl an uns stellen. Zumindest ein ungehinderter Zugang von Seelsorgern der verschiedenen Religionen in diesen Einrichtungen sollte sichergestellt sein.

Wie auch andere wichtige Gruppen in unserem Land haben die christlichen Kirchen das Recht, in Gremien des öffentlichen *Rundfunks* legitime Interessen der Kirchen und Religionsgemeinschaften wahrzunehmen und sich an der Programmaufsicht zu beteiligen.

An diesen Beispielen wird klar, dass Religionen, Gesellschaft und Staat an vielen Stellen miteinander verknüpft sind, und zwar in einem feinmaschigen, vertrauensvollen Miteinander. Das ist viel besser als nur ein Nebeneinander. In unserer jüdisch-christlich-abendländischen Tradition hat sich dies gut bewährt, und es ist eine große Aufgabe, dies um die 3,2 Millionen Muslime in Deutschland mit ihrer eigenen religiösen und kulturellen Orientierung zu erweitern. Das wird die Diskussion beleben. Nicht ein Verdrängen und Zurückdrängen ist da gefragt. Dies wird vielmehr in einer geeigneten Form der Integration der vielen Muslime, die in unser Land gekommen sind, Gestalt gewinnen. Hier steht der Staat vor einer neuen Aufgabe, die er in der Zusammenarbeit mit den Kirchen gut bewältigt hat, nämlich dies nun auch mit Muslimen gut zu bewältigen.

Es geht dabei um nichts weniger als um die adäquate *Anerkennung des Islams als Glaubensgemeinschaft* und um die Integration seiner Mitglieder in unsere Gesellschaft, um Bewahrung ihrer religiösen und kulturellen Identität. Das ist auch der wichtigste Punkt am islamischen Religionsunterricht. Hier liegt die Entscheidung bei den Kindern und ihren Eltern, zwischen evangelischem, katholischem, islamischem Religionsunterricht zu wählen oder eben den Unterricht im Fach ›Werte und Normen‹ zu besuchen. Der islamische Religionsunterricht macht die Schüler stark in ihrer eigenen Religion, und wer stark in seinem eigenen Selbstverständnis ist, kann auch viel mutiger und selbstbewusster auf andere zugehen. Die Erfahrungen mit diesem Religionsunterricht in Niedersachsen sind ausnahmslos positiv. Man trägt dort zur Integration bei, man beugt Tendenzen zur Bildung von Parallelgesellschaften vor. Die kulturelle Identität muslimischer Schülerinnen und Schülern wird gestärkt, sie fühlen sich angenommen, ernstgenommen, ebenso wie ihre Eltern. Der islamische Religionsunterricht fördert offenkundig auch die Bereitschaft, sich mit anderen Religionen und dem säkularen Umfeld auseinanderzusetzen.

Dass es noch Koranschulen gibt – worauf die Muslime Wert legen –, dass es noch den Konfirmationsunterricht gibt, worauf die evangelische Kirche großen Wert legen muss, und dass es den Kommuniionsunterricht in der katholischen Kirche gibt, ist davon völlig unberührt. Aber auch in den staatlichen Schulen gibt es den Unterricht für die verschiedenen Religionen

und Bekenntnisse, und wir müssen fortfahren, anderen Räume und Einflussmöglichkeiten zu öffnen, auf sie zuzugehen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Das ist die vernünftige Alternative zur Abschottung. Wir müssen das Aufeinander-Zugehen verstärken, um zu einem friedvollen Miteinander der Religionen zu kommen – in einem weltanschaulich neutralen Staat.

Nur wenn wir Verständnis, Offenheit und Interesse zeigen, wird dies erwidert werden, z.B. auch mit Interesse an unserer Religion. Man sollte nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame suchen, und es gibt viele Gemeinsamkeiten zwischen den Weltreligionen. Ich möchte dafür werben, dass wir eine positive Grundeinstellung zum Wirken von Religionen haben und uns für Dialog und Toleranz aussprechen und dabei Gefahren aus Religionen nicht schönreden. Es gibt Extremisten in der katholischen Kirche – in meiner Kirche –, die den Holocaust leugnen. Es gibt eben auch extremistische Vorstellungen in christlichen Religionen, jedenfalls gab es sie über Jahrhunderte. Es gibt Fundamentalisten im Islam, die unser gesellschaftliches Leben, unser Zusammenleben, unsere Art zu leben, beseitigen wollen, die uns hassen, die uns bekämpfen wollen, besiegen wollen. Aber die große Zahl derer, die in Religionen – auch in der islamischen Religion – verankert sind, wollen ebenso ein friedliches Leben, ein friedliches Zusammenleben der Kulturen und Religionen wie wir.

*Antje Vollmer:* Von einem neuen ›Kulturkampf‹, wie eingangs erwähnt, kann man m.E. nicht sprechen, aber doch von abnehmender Toleranz und viel verbaler Muskelprotzerei. In den Berliner Streit um Religions- und / oder Ethikunterricht scheint die Vorstellung einzugehen, die Kirchen seien insgesamt weiterhin starke gesellschaftsmächtige, ja -dominierende Institutionen. Dieser Zustand aber ist doch im Verschwinden begriffen. Die mächtige Position der Kirchen, die sie in den letzten Jahrhunderten einnahmen, ist rückläufig.

Umso mehr erstaunt, dass heute Kämpfe ausgefochten werden, für die es keine wirkliche Veranlassung zu geben scheint. Meinen die Kritiker die Religion oder die Kirchen? Manchmal wird beides miteinander vermischt. Wenn die Kritiker das Ziel hätten, Religionen aufzuheben, dann kann man ihnen voraussagen, dass sie keinen Erfolg haben werden. Religionen hat es immer gegeben, selbst Archäologen haben noch keine Anzeichen für eine Gesellschaft im Urzustand ohne Religion gefunden. Im Gegenteil: An vielen Funden – etwa der Begräbniskultur oder des Opferkultes – zeigt sich, dass Religiöses damit verbunden war. Mögen sich die Formen der Religionen ändern und mögen auch Kirchen verschwinden, so wird doch das Fragen der Menschen nach Gott oder nach einer anderen übernatürlichen Kraft nicht aufhören.

Religionen sind nicht ›Gefäß‹ Gottes. Gott braucht keine Religion, um in ihr zu wohnen oder sich in ihr auszudrücken. Religionen sind das Ergebnis von konzentrierten Menschenfragen, die die Welt als gut gedacht zu verstehen suchen und weil man ein Verständnis in allem Gefährdetsein und in allem Bezaubertsein von der Welt sucht, und weil man darin eine Kraft sieht, die man sich interpretieren will und die man für das eigene Leben bedeutsam findet.

Die Hauptfunktion von Religionen ist aber, die *Gewalt* unter den Menschen zu reduzieren. Das ist leicht erkennbar: die zehn Gebote aus der christlichen Tradition gibt es – gleich oder modifiziert – in allen Weltreligionen. Jede einzelne dieser Forderungen soll helfen, dass Leidenschaften, Gewalt, Aggression, Konkurrenzsituationen zwischen den Menschen entschärft, reduziert werden. *Du sollst nicht falsch Zeugnis reden, Du sollst nicht töten, Du sollst dem anderen nichts stehlen*: jeder weiß, wie viel böses Blut durch die in diesen Geboten inkriminierten Taten entstehen kann. Sogar die Forderungen, die die Sexualität betreffen, gehen ganz realistisch davon aus, dass die Liebe auch Konflikte zwischen Menschen schaffen kann.

Wenn nun aber die Religionen eigentlich dazu da sind, Gewalt zu reduzieren, und wenn sie Regeln und Methoden entwickelt haben, wie die Menschen mit ihrer Gewaltbereitschaft umgehen können, dann ist es umso bemerkenswerter, dass man gerade den Religionen den Vorwurf macht, die Gewalt zu erzeugen oder sie zu eskalieren. Das ist ja der große Vorwurf der atheistischen Kampagnen. Dieser Vorwurf ist allerdings nicht ganz unberechtigt. Drei Gründe dafür, dass die Religionen gewalttätig werden können, werden häufig genannt. Zum einen sei dies der *Monotheismus*, mit dem angeblich alles Unheil begann. Wenn es nur *einen* Gott gibt, dann fordert dieser eine Gott die Unterwerfung aller anderen Gottesvorstellungen unter sich. Sobald es aber mehrere monotheistische Religionen gibt – und zweifellos haben sich die Religionskriege in dieser Zeit vermehrt –, entsteht ein Machtkampf unter den Gottesvorstellungen.

Der zweite, durchaus gewaltanreizende Grund ist der *Missionsgedanke*. Er besagt im Grunde, dass nicht etwa die Welt allerorts spirituell durchgeistigt ist oder als Ganzes in vielen Variationen erfahrbar, sondern beansprucht von der Position des ›richtigen‹ Glaubens, die Andersgläubigen, damit sie gerettet werden, spirituell zu ›überwältigen‹.

Der dritte Grund, aus dem Religionen mit Gewalt in Verbindung gebracht werden, ist die Idee, weltliche Macht – das weltliche Reich – und die Religion zusammenzuführen, z.B. als das große, einheitliche *christliche Friedensreich*, das Kaiser *Konstantin*, als er zum Christentum übertrat, zu seinem Ideal erhob. Sein Gedanke war, dass, wenn doch alle der einen Religion zugehörten, alle teilhätten an einer einheitlichen Zivilisation und

am einheitlich geltenden Römischen Recht. Dann wäre der Weltzustand des völligen Friedens erreicht. Damit aber wird die Religion zur Imperiumsreligion und ist schon in ihrem Kern mit Gewalt und Macht verbunden.

Ist man sich der möglichen Radikalisierung bewusst, wird man in der Geschichte aller Religionen erkennen, dass sie mit ihrem Potenzial immer wieder an gefährliche Wegscheiden gelangt sind. Immer wieder suchte man den richtigen Umgang mit diesem macht- und gewaltträchtigen Potential,



Antje Vollmer

und zwar – und das trifft vor allen Dingen auf die großen, alten Weltreligionen zu – insbesondere mit der Methode der Selbstentwaffnung, d.h. sich selbst die Waffen – auch die geistigen Waffen – aus der Hand zu nehmen. Darum ist die *Idee der Feindesliebe* so wichtig, im Gegensatz zu den Gesetzen der Blutrache oder der Vergeltung nach der Regel ›Auge um Auge, Zahn um Zahn‹. So entstand eine ganze Reihe von Regeln, um zu verhindern, dass es zwischen den Menschen, die impulsiv sind und zu Leidenschaften und Aggressionen neigen, nicht im ›blinden‹ Zorn – ein Zustand, in dem man nicht genau hinschaut, sondern gleich zuschlagen will – zu Gewalt kommt. Dafür brauchen wir Regeln des Zusammenlebens und nicht zuletzt möglichst viele Methoden der Selbstentwaffnung der eignen Leidenschaften. Askese, Meditation, geistige Übungen gibt es in allen Religionen – mit genau dem Ziel, dass der Mensch sich selbst in den Griff bekommt.

Der ganz große historische Fortschritt geht aber zurück auf den in Osnabrück und Münster geschlossenen *Westfälischen Frieden*. Er machte es

möglich, dass die Religionen überhaupt wieder Religionen sein und sich ihrer Funktion der Gewaltreduzierung zuwenden konnten. Dafür musste eine formelle *Trennung* von Kirche und Staat erfolgen. Allerdings liegen die Dinge nicht einfach: Selbst dort, wo, wie z.B. in den USA, die Trennung von Kirche und Staat erfolgt ist, kann die Religion dennoch auch in die politischen Vorstellungen wieder einwandern und religiöse, unzweifelhaft missionarische, ja geradezu Weltrettungsziele formulieren. Daran ist abzulesen, welche gefährlichen Essenzen sich mischen können, wo politische Macht und religiöser Furor zusammenkommen.

Der Gegenpol ist das Konzept einer areligiösen Verfasstheit des Staates, radikalisiert in der frühen Sowjetunion zu dem Programm, die Religion als ›Opium des Volkes‹ zu bekämpfen, wie es auch exemplarisch geschah. Aber auch dort ist die Religion mächtig, sie kommt wieder. Sie kann in einer areligiösen Welt in Form von Ersatzreligionen auftreten: Niemand hat sich religiöser, gottgleicher feiern lassen als *Stalin*. Aber all die religiösen Formen, Zeremonien und Rituale haben ihnen nicht geholfen, und sie hatten auch nicht mehr die Funktion der Gewaltreduzierung.

Umgekehrt könnte man versucht sein zu fordern, dann doch gleich die weltliche Gewalt der göttlichen Macht zu unterstellen, sei es im Sinne des Ideals des römischen Kaisers Konstantin, oder – wie in einigen Teilen der Islamischen Welt gefordert wird – einen ›Gottesstaat‹ auszurufen oder – wie im tibetischen Buddhismus des *Dalai Lama* – die Trennung von Kirche und Staat aufzuheben. Solche Szenarien kann man sich zwar auch als friedliche vorstellen, aber sie müssen es nicht bleiben. Es gibt keinen Königsweg, sondern nur viele historische Erfahrungen und im besten Fall einen historischen Kompromiss. In der Mitte Europas waren die Menschen durch die blutige Geschichte des Dreißigjährigen Krieges nah genug daran, diesen Kompromiss zu finden. Sie vereinbarten die Trennung von Staat und Kirchen, ohne der Illusion zu unterliegen, damit für alle Zeiten alles geregelt zu haben.

Das zeigt, die ›innere Entwaffnung‹, d.h. die Wiederherstellung der Friedensfähigkeit und die Reduzierung des Gewalt- und Leidenschaftspotenzials, muss immer wieder neu geschehen. Deswegen lautet jetzt die Forderung der Stunde in Bezug auf den Umgang mit dem Islam – weltweit, aber auch hier bei uns –: wir *trennen* Religion und Staat, wir *kooperieren* aber auch.

Dieser historische Kompromiss war ein Freiheitsgewinn für beide Seiten: Die weltliche Macht verzichtete auf religiöse Autorität, und die religiöse Macht beschränkte sich auf ihren Einfluss auf die Seelen der Menschen, was ja schon eine ganz beträchtliche Wirkmächtigkeit bedeutet. Gleichzeitig akzeptiert man die begrenzenden Regeln einer Zivilgesellschaft und bekennt sich auch dazu. Das ist auch im Umgang mit den bei uns

lebenden Muslimen richtig: ihnen muss religiöse Freiheit belassen bleiben, und gleichzeitig ist ihnen zu sagen, dass sie sich als Bürger den zivilen Gesetzen dieses Landes unterstellen müssen.

*Peter Steinacker:* In der Moderne hat der Staat die Aufgabe, das Verhältnis von Gleichheit und Ungleichheit in einer lebensfördernden Balance zu halten. Gleichheit und Ungleichheit bedingen sich – ebenso wie Freiheit und Gerechtigkeit – gegenseitig: Wird eines von beiden stärker, so wird das andere entsprechend schwächer. Je mehr Freiheit man einem Individuum oder einem Unternehmen einräumt – etwa sich dem Kommerz zu widmen –, desto weniger wird es Gerechtigkeit geben, wenn Gerechtigkeit bedeutet, jedem das Gleiche zu gewähren.

In unserem Land steht der Staat jetzt vor der Aufgabe, diese Balance zwischen Ungleichheit und Gleichheit auch gegenüber der veränderten Religionsszene wahrzunehmen. Worin bestehen diese Veränderungen? Charakteristisch ist für uns, dass wir Christen in Europa – nicht die Christenheit in der Welt – ganz offensichtlich an dem Trend der wachsenden Religionen so nicht teilnehmen. Mittel- und Westeuropa sind im Hinblick auf die Entwicklung und das Anwachsen der Religionen, das in der übrigen Welt sichtbar wird, in einer schwierigeren und komplexeren Situation. Der Einfluss der Kirchen auf die Gesellschaft und die Bindung der Mitglieder an die Kirchen wurden labiler. Im vergangenen Jahrhundert gab es zwei große Kirchenaustrittswellen, die die evangelische ebenso wie die katholische Kirche geschwächt haben. Trotzdem sind viele Menschen, auch wenn sie mit den Inhalten und den Lehren der Kirchen nicht völlig übereinstimmen, ihrer Kirche treu geblieben. Außerdem sind seit den 1970er Jahren weitere Religionen in unser Land eingeströmt. So gibt es z.B. allein in Frankfurt 129 buddhistische Zentren.

Nicht nur der Islam ist in unser Land gekommen, sondern auch andere Religionen, die sehr präsent sind, wenn sie auch nicht mit der großen Zahl wie die Muslime hier vertreten sind. Wir merken in Befragungen unserer Mitglieder, wie z.B. Überzeugungen des Buddhismus oder Bruchstücke davon in den christlichen Glauben einströmen. Manche Menschen sehen kein Problem darin, sich Christin und Christ zu nennen und – statt an die Auferstehung der Toten – an eine Wiedergeburt zu glauben. Derartige innere Probleme unserer Kirchen habe ich als Kirchenpräsident unmittelbar wahrgenommen, und jede Pastorin und jeder Pastor muss damit umgehen können, ob am Krankenbett, beim Militär oder in der Gemeinde.

Es sind also Veränderungen eingetreten, und diese sind nicht leicht zu bewältigen, weder von den Kirchen oder den Religionen, noch vom Staat. Frau Vollmer hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Religionen als Religionen nicht *per se* friedlich sind. Drei Gründe dafür wurden genannt, wobei

ich, was das Stichwort ›Missionsgedanke‹ angeht, einschränkend sagen muss, dass es zu jeder Religion als Religion dazugehört, ihre Überzeugungen auch anderen vermitteln zu wollen. Ein Christentum, ein Islam, ein Buddhismus oder ein Hinduismus, der aufhört ›missionarisch‹ zu sein, gibt sich selbst auf! Allerdings liegen solche archaische Missionsformen, wie wir sie heute ablehnen – man denke an die christliche Sachsenmission – bereits 1.200 Jahre zurück. Die christlichen Missionsgesellschaften machen dagegen heute ganz andere, friedliche Dinge.

Neben den von Frau Vollmer erwähnten Gründen spielt eine Rolle, dass die Religionen sich der Moderne nicht verschlossen haben. Was heißt das? Die Moderne ist dadurch charakterisiert, dass ein einheitliches Denken, das früher einmal bestanden hat, in vielfache, plurale Möglichkeiten des Denkens aufgelöst wurde. Außerdem haben sich Ausdifferenzierungen vollzogen, und beides haben die Religionen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit mit- oder nachvollzogen.

Wenn der Glaube über Jahrhunderte hindurch immer klarer definiert wurde, wie in der christlichen Theologie hervorragend betrieben, und wenn immer differenzierter gesagt wurde, was seine Wahrheit eigentlich ist, dann zieht dieser Glaube zugleich seine Grenzen enger. Und wer Grenzen enger zieht, bezieht manche ein und grenzt andere aus. Darum sind Religionen in der Moderne, in der Ausdifferenzierung stattfindet, immer auch in der Gefahr, aggressiv zu unterscheiden: Du gehörst zu mir, und du nicht mehr, weil du dieses und jenes nicht glaubst. Das aber gehört zur Religion als Religion! Wenn Religion auf den Wahrheitsanspruch verzichtete und nur noch nützlich sein wollte, so verzichtete sie auf sich selbst. Wenn Religion nur noch nützlich ist, ist sie durch Äquivalente, durch anderes, das die gleiche Funktion erfüllt, ersetzbar. Das beste Beispiel dafür sind die totalitären Staatssysteme. Sie mussten feststellen, dass Menschen schlecht damit leben können, ohne Antwort auf die Frage nach dem Woher und Wohin zu bleiben, danach, was der Einzelne sei und was mit ihm geschieht. Dann gab es Ersatz: Als Schüler in Ostberlin bekam ich zu lesen: »Der Sozialismus ist allmächtig, weil er wahr ist« – ein absolut religiöser Satz.

Nun ist die Moderne davon gekennzeichnet, dass es in einem Staatswesen verschiedene Formen von Religion gibt. Stiftete der Friedensschluss von 1648 Frieden zwischen evangelischer und katholischer Kirche, so haben wir es heute mit der Anwesenheit von fünf Weltreligionen zu tun. Wenn zwischen diesen Frieden herrschen soll – und darin stimmt jedenfalls die Christenheit hoffentlich überein –, dann müssen wir einen neuen Toleranzbegriff entwickeln. Dieser Toleranzbegriff muss neu sein, weil er nicht mit dem vormodernen Begriff der Gleichheit operieren darf. In der Vormoderne konnte man tolerant sein auf der Grundlage des Gedankens: Ich



achte dich, weil du bist wie ich. Heute aber müsste es heißen: Ich bin tolerant, weil du *nicht* bist wie ich.

Wir brauchen einen neuen Toleranzbegriff, der die Ungleichheit der Religionen respektiert und mit dieser Ungleichheit der Religionen, die respektiert wird, die andere Religion auch *ablehnen* darf. Dennoch muss ich der anderen Religion, die ich selbst ablehne, mit Respekt begegnen und alles dafür tun, damit sie hier gelebt werden kann. Ein Toleranzbegriff, den wir entwickeln, muss also die Fremdheit des Fremden akzeptieren und nicht die Gleichheit des anderen. Ich erwähnte die staatsphilosophische Aufgabe, Ungleichheit und Gleichheit in der Balance zu halten. Nach der Gleichheit, die wir ja auch brauchen, fragen wir auch in Bezug auf die Religionen.

Lessings *Nathan der Weise* legt uns den Gedanken nahe, dass die Verschiedenheit der Religionen, also der Unterschied zwischen Islam, Christentum und Judentum, lediglich in Äußerlichkeiten bestehe: Unterschiede der Kleidung, der Speisen, der Sitten und Gebräuche. In Wahrheit sagt uns Lessing in der Ringparabel: alle Unterschiede der Religionen sind belanglos, weil sie alle in ihrem Kern der *Liebe* nacheifern sollen. »Es eifre jeder seiner unbestochnen, von Vorurteilen freien Liebe nach!«, und weiter: »Es strebe von euch jeder um die Wette, die Kraft des Steins in seinem Ring an Tag zu legen«! Lessing verwandelt damit Religionen, die unterschiedliche Absolutheitsansprüche haben, in *Ethik*. Sicherlich hat jede Religion ethische Konsequenzen, und deshalb ist Religion keine reine Privatsache. Aber jeder Religion geht es zunächst um die jeweilige Gottheit. Erst sekundär folgt daraus Ethik. Die Toleranz, die wir einüben müssen, muss sich an der Ungleichheit bewähren.

Die notwendige Gleichheit, die wir als religiöse Bürger dieses Staates ebenfalls benötigen, ist die Gleichheit vor dem Recht. Sie erlaubt religiöse Ungleichheit und Differenz. Dieses Recht muss auf weltlicher Grundlage stehen, damit niemand, der einen anderen Gott hat, sagen kann: »Das gilt für mich nicht.« Das ist für muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger schwer zu akzeptieren, weil ihre Tradition anders ist. Das heißt politisch, dass wir Integrationskonzepte entwickeln müssen, die die Balance von Ungleichheit und Gleichheit halten. Für den Islamunterricht heißt das: Er muss auf Deutsch gehalten werden, mit deutschem Unterrichtsmaterial durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte. Das fordert die Gleichheit vor dem Recht. Aber es muss eben *Islam*unterricht sein und nicht ein weltlicher Ethikunterricht. Erfreulicherweise melden muslimische Eltern ihre Kinder meist lieber in einem christlichen Kindergarten an, als in einem städtischen. Und bevor muslimische Kinder in der Schule überhaupt keinen Religionsunterricht bekommen, schicken ihre Eltern sie lieber in den christlichen Religionsunterricht. Unser christlicher Religionsunterricht ist ein aufgeklärter Unterricht, der nicht indoktriniert oder missioniert.

Die gegenwärtige Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, wie es im Staatskirchenrecht definiert ist, hat sich bewährt. Es muss jetzt zu einem Staatsreligionsrecht erweitert werden. Das muss in guter und vertrauensvoller Zusammenarbeit geschehen. Wir können nur darauf hoffen, dass unsere islamischen Mitbürger und ihre Verbände sich auch so weit selber ordnen, dass sie dem Artikel 140 unseres Grundgesetzes entsprechen. Das ist eine schwere Aufgabe.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Ministerpräsident Wulff, Sie mahnten: Wir sollten gegenüber den Religionen eine positive Haltung einnehmen, denn deren aktive Rolle sei ein Segen für die Gesellschaft. Herr Steinacker dagegen riet zur Toleranz gerade gegenüber der Fremdheit anderer Religionen. ›Fremd‹ sind uns heute allerdings etwa der Muezzinruf, das Schächten von Tieren, die sargfreie Beerdigung. Können bzw. müssen wir dazu eine positive Einstellung haben?

*Christian Wulff:* Schon die Bibel mahnt uns Christen: ›Ihr sollt ein Segen sein, kein Fluch.‹ Und ich beurteile auch die meisten Beiträge der christlichen Kirchen, des Christentums, als außerordentlich hilfreich und nützlich. Je mehr Menschen in unserem Land in diesem Sinne tätig werden, umso leichter wird das Land in eine gute Entwicklung zu führen sein. Auch andere Religionen prägen ihre Länder und ihre Gesellschaften durch ihre Aktivitäten. Die nächsten Jahrzehnte werden zeigen, inwieweit das auch für den Islam bei uns gilt. In Gesprächen mit den Vertretern des Islams – sei es mit der DITIB, d.h. der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., oder der Schura, dem Landesverband der Muslime in Niedersachsen – stelle ich fest, dass dort eine große Bereitschaft besteht, sich bei vielen Entscheidungen, die wir treffen müssen, einzubringen. Dazu gehören auch Wünsche zur Änderung des Bestattungsrechts. Wir müssen diskutieren und entscheiden, ob wir im Bestattungsrecht dem Wunsch der Muslime entsprechen können, Bestattungen nach ihren Ritualen zuzulassen. Wünsche in Bezug auf die Zulassung des Schächtens stehen im Widerspruch zu Regelungen zum Schutz der Schöpfung und des Tierschutzes. Diese Konflikte müssen ausgetragen werden, und die Ansprüche einer Religion enden dort, wo andere Geschöpfe betroffen, andere Interessen tangiert sind. Um Abwägungen werden wir nicht herumkommen. Aber der grundsätzliche Anspruch der großen Weltreligionen, die Gesellschaft voranzubringen, das Miteinander in den Vordergrund zu stellen, stimmt zuversichtlich. Der Impuls, den auch die meisten Christen, die Religionsgemeinschaften angehören, verspüren, nämlich anzupacken, zu gestalten, ist ein Appell, der Anstrengung hervorruft und persönliche Verantwortung

sowie Leistung freisetzt. Es lohnt sich, mit jenen Religionen, mit denen wir gelegentlich Probleme haben, darüber ins Gespräch zu kommen.

Die Christen haben jahrhundertlang die Auslegung der Heiligen Schrift und einzelner Bibelstellen diskutiert und abgewogen. Und die Aufklärung hat dem Christentum vielfältige geistige Veränderungen abverlangt. Ein solcher Prozess der Aufklärung, auch der kritischen Befragung der Worte *Mohammeds*, steht vielleicht dem Islam noch bevor. Man bemüht sich



Teilnehmer des 7. Deutsch-Ägyptischen Dialogs« der Ev. Akademie Loccum und der Koptisch-Evangelischen Organisation für Soziale Dienste (CEOSS) zu Gast beim Friedensgespräch

darum in Kairo, in Ankara, in Istanbul, an den großen islamischen Fakultäten, in den großen islamischen Gemeinden, und prüft, ob Modernisierungen, Anpassungen an die Gegenwart nötig und möglich sind. Wir sollten keine unerfüllbaren Erwartungen hegen und nicht vor-

schnell urteilen. Wir müssen uns Zeit und Muße nehmen, jeweils die adäquate Antwort zu finden.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Steinacker erklärte, jede Religion müsse auf ihrem Wahrheitsanspruch bestehen, andernfalls würde sie sich aufgeben, und aus dem gleichen Grund müsse jede Religion auch missionarisch tätig sein. Stimmen Sie damit überein, Frau Vollmer?

*Antje Vollmer:* Ich sehe das nicht so apodiktisch und würde formulieren: Jede Religion ist auf der Suche nach Wahrheit. Das hieße, dass ich die Wahrheit nicht habe, schon gar nicht als mein Eigentum besitze. Aber das Suchen nach Wahrheit gehört zur Essenz von Religion. Religion ist menschliches Nachdenken über göttliche Dinge und damit auch Nachdenken über Wahrheit. Den Missionsgedanken sehe ich kritischer. Nach dem Fall des ›Eisernen Vorhangs‹ begann ein durchaus brutaler, ganz weltlicher Kampf um die Neuverteilung der Welt unter den Religionen. Eine große

Zahl evangelikaler Missionare, Bibeldrucker und -verbreiter schwärmte aus in der Zuversicht, die Menschen, die den Sozialismus nun hinter sich hätten, seien ›reif‹ für sie, suchten nach etwas anderem, seien religiös aufgeschlossen. So wollten, ebenso wie islamische Fundamentalisten, auch manche christliche Religionsgemeinschaften ›Geländegewinne‹ machen.

Jedweder Fundamentalismus eignet sich dafür, missionarisch zu werden. Aber das Bewusstsein, allein im Besitz der Wahrheit zu sein, den eigenen Gott als größer als alle anderen zu wissen und deshalb die Ungläubigen und Unwissenden ›retten‹ zu wollen, ist anmaßend. Im Sinn der historischen Erfahrungen mit dem Westfälischen Frieden wäre es wunderbar, wenn wir die Ungleichheit des anderen akzeptieren könnten – in Toleranz und Respekt. Dafür könnten die christlichen Kirchen untereinander ein gutes Weltvorbild geben und z.B. gemeinsam das Abendmahl feiern.

Im christlich-islamischen Dialog sehe ich zwei schwierige Probleme im Vordergrund: Umstritten ist, wie streng die überlieferten Schriften befolgt werden müssen und ob es hierbei eine Freiheit zu Interpretationen durch den modernen Menschen gibt. Darf man das Geschriebene auf sein heutiges Leben anwenden, interpretieren, auslegen? Umstritten ist auch die Notwendigkeit bzw. die Möglichkeit von Modernisierungen. Christen werden nicht selten gefragt, was das moderne Denken denn anderes gebracht hat als eine Schwächung der Religion. Nun mangle es ihr an Tiefe, an Feuer, an Leidenschaft. Insbesondere im Protestantismus, dieser starken Öffnung für die Moderne, sehen viele Menschen, denen Religionen besonders wichtig sind, negative Entwicklungen. Religion, heißt es, werde so beliebig.

*Reinhold Mokrosch:* Frau Vollmer betont, die Aufgabe von Religionen sei es, Gewalt zu reduzieren und zu minimieren. Herr Steinacker, Sie weisen darauf hin, dass Religionen selbst immer wieder in Gefahr kommen, aggressiv zu sein, weil sie sich gegenseitig abgrenzen. Wäre es deshalb nicht notwendig, die Fremdheit des anderen zu reduzieren, um sich nicht von ihm abgrenzen und ihn attackieren zu müssen?

*Peter Steinacker:* Fremdheit akzeptieren kann ich nur, wenn ich sie für mich abbaue, sonst bekomme ich vor dem Fremden Angst. Aber das Kennenlernen einer anderen Religion, also einer anderen Letztbegründung meines Lebens und der Welt, hat eine entscheidende Grenze: Ich kann im Vergleich meiner Religion mit anderen feststellen, dass es auch dort einen Kult gibt, der ähnlich wie bei uns ist, und dass es Gebete gibt, die ganz ähnlich klingen. Vergleichend kann ich auch feststellen, dass in allen Religionen eine Gottheit oder – wie Religionswissenschaftler sagen – eine ›Heilspotenz‹ hervortritt, die als lebensbestimmend angesehen wird. Die

Grenze des Vergleichs – und das heißt: die unaufhebbare Fremdheit – ist die Gottheit selber. Ich kann vieles über Allah erfahren, aber ›Allah verstehen‹ heißt, an ihn *glauben*; das kann ich als Christ nicht.

Die Muslime können aufgrund ihrer Glaubensvoraussetzungen nicht verstehen, warum für uns Christen das Kreuz *Jesu Christi* das Zentrum unseres Glaubens an den erlösenden Gott ist. Würden sie es verstehen, würden sie ebenfalls an ihn glauben. Das meine ich mit ›Fremdheit‹, und diese Fremdheit ist unaufhebbar. Man kann sich vornehmen, diesen Unterschied zu ignorieren oder wenigstens möglichst gering zu gewichten. Aber dies wäre staatsphilosophisch für einen Bürger eines freien Landes nicht begründbar.

Der amerikanische Soziologe *Michael Walzer* hat dafür den Ausdruck der »Zivilisierung der Differenz« geprägt: Sie ist Kern der *Toleranz*.

Noch vor 15 Jahren gab es in Ihrer Partei, Herr Wulff, viele, die die Einsicht verweigerten, dass angesichts einer großen Zahl von Menschen, die in unser Land gekommen war, eine bedeutende Integrationsaufgabe entstanden war. Unser Land wird sich durch diese Integration verändern, aber auch die Menschen, die sich integrieren, werden sich z.B. im Sinne der Gleichheit vor dem Recht verändern. Wir Menschen, egal welchen Glaubens, haben in uns das Gefühl der Macht. Und wir üben sie aus, denn das gehört zu uns. Es kommt aber darauf an, dass wir dieses Gefühl zivilisieren, in eine Kultur überführen und uns nicht einfach triebhaft verhalten. Die Religion gilt es damit immer wieder anzureichern: Die Macht, die wir haben, muss sich selbst bekämpfen, im Zaum halten. Nur so können wir den Gedanken des Fremden in Feindesliebe überführen.

Selbst der alte biblische Rechtssatz ›Auge um Auge, Zahn um Zahn‹ ist so verstanden ein Ausdruck der Begrenzung der Rache. Er sagt auch: Nicht gleich der ganze Mensch ist auszulöschen, nur weil er mir einen Zahn ausgeschlagen hat. Nicht mehr als ein Auge und nicht mehr als einen Zahn: das ist äquivalent. Daran müssen wir weiterarbeiten und insofern werde ich als Christ immer wieder politisch denken. Denn dass Religion reine Privatsache sei, ist eine Legende.

*Reinhold Mokrosch*: Die evangelische Kirche in Deutschland ist, gelinde gesagt, recht zögerlich bei der Frage der Eingliederung des Islams. Sind Sie, Herr Steinacker, mit dem Vorschlag des Ministerpräsidenten einverstanden, dass die Landesregierung Staatsverträge mit den Muslimen abschließt?

*Peter Steinacker*: Als Staatsbürger stimme ich zu, möchte aber dazu raten, dass verlässliche Verträge gemacht und nicht unverbindliche Absichtsbekundungen ausgetauscht werden.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Wulff, wie finden Sie es, wenn Religionsgemeinschaften und Konfessionen sich im Namen der ›Wahrheit‹ in ihrer Eigenart so deutlich abgrenzen?

*Christian Wulff:* Ich kann gut damit leben, dass in der einen oder anderen Sache gerungen wird, und nehme die christlichen Kirchen dennoch so wahr, dass sie jetzt das Gemeinsame in den Vordergrund stellen und nicht das Trennende. Aber einen starken Impuls erhielt die Ökumene in Niedersachsen erst, als nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Vertriebenen kamen und in Gebieten, in denen es nahezu nur Katholiken gab, auch Protestanten zuzogen, und dort, wo es nur evangelische Christen gab, auch Katholiken erschienen. Wenn die Kinder sich kennenlernten und heiraten wollten, so war das vor 50 Jahren noch ein kontroverses und schwieriges Thema. Das ist heute nicht mehr der Fall, und daran ist abzulesen, dass durch gemeinsames Erleben, durch Kennenlernen, durch Austausch ein Abbau von Vorurteilen erfolgen kann. Dennoch sehe ich das Werben für die eigene Sache als positiv an, nicht nur in der politischen Auseinandersetzung, sondern auch in dem Wettstreit um die Religion, um den Glauben an Gott und die eigene Überzeugung.

Man mag fragen, ob in einer solchen Haltung nicht viel ›Gutmenschentum‹ enthalten sei, *zu viel* guter Glaube und Hoffnung, dass man gut miteinander auskäme, dass die meisten Menschen gutmütig seien und dass Gutmütigkeit mit Gutmütigkeit vergolten werde. Ich sehe hier durchaus ein Problem mangelnder Gegenseitigkeit, denn es gibt derzeit keine Religionsgemeinschaft, die mehr von Verfolgung, Misshandlung, Ermordung betroffen ist, als die Christen. In Indien, in China, in arabischen Ländern, in der Türkei gibt es unterschiedliche Formen von teilweise massiver Bekämpfung des Christentums. So stehen wir z.B. vor der Frage, ob wir die verbliebenen Christen aus dem Irak in Deutschland aufnehmen müssen, weil sie dort von Verfolgung und Ermordung bedroht sind. Die Christen sind in der Türkei in ihrer Religionsausübung sehr eingeschränkt. Dort darf derzeit kein katholischer oder evangelischer Theologe ausgebildet werden. An keiner der dortigen Universitäten kann eine Theologenausbildung stattfinden. Man entzieht den wenigen noch vorhandenen Christen den Nachwuchs, wenn es demnächst keine Geistlichen mehr geben wird, die in der Türkei ausgebildet werden.

Wir können nicht nur hier in Deutschland die Situation der Religionen untereinander diskutieren, sondern müssen dies auch in den Weltmaßstab stellen. Wir dürfen nicht naiv sein, sondern müssen auch kritisch fragen, ob in Riad, Saudi-Arabien, eine katholische Kirche gebaut werden kann oder evangelische Gotteshäuser im Iran. Selbst wenn es möglich ist, dort sicher Gottesdienste zu feiern, so gibt es doch viele Gegenden dieser Welt,

wo dies nicht möglich ist. Auch darüber müssen wir den Dialog führen und nach den Minderheiten fragen. Man muss auch von anderen mehr Fairness erwarten. Dieses Selbstbewusstsein fehlt manchmal bei Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche.

*Reinhold Mokrosch:* Mehr als jeder dritte Mensch in Deutschland erklärt, ohne Religion und Konfession zu sein. Das gilt in noch höherem Maße in den neuen Bundesländern. Nun fordern Verbände der Konfessionslosen ebenfalls körperschaftliche Rechte, ›Privilegien‹, wie sie die Religionsgemeinschaften genießen, um eines Tages mit staatlicher Unterstützung auch z.B. Schulen betreiben zu können, an denen dann Lebenskunde anstelle von Religionsunterricht erteilt würde. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

*Christian Wulff:* In Niedersachsen haben wir z.B. auch mit der Humanistischen Union einen Vertrag. Das Land fördert den Verband finanziell. Für die Gründung von sozialen und Bildungseinrichtungen durch verschiedenste Träger und Betreiber gibt es kein grundsätzliches Hindernis, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Ich bin froh, dass die Kirchen auf diesem Feld aktiv sind, und ich hoffe, dass sie künftig noch mehr tun.

*Publikum:* Ein Privileg der Kirchen ist das kirchliche Arbeitsrecht. Das führt immer wieder zu Problemen, z.B. dazu, dass in Osnabrück in einem christlichen Pflegeheim Muslime zwar als Bewohner einziehen können, aber muslimische Pflegerinnen und Pfleger nicht eingestellt werden. Diese Arbeitsplätze sind aber in der Regel Stellen, die vom Staat finanziert werden und nicht etwa aus Kirchensteuermitteln. Hier diskriminiert die katholische Kirche Andersgläubige, und das wird offenbar geduldet.

*Christian Wulff:* Die Wirklichkeit ist meist sehr viel differenzierter, als es den Anschein hat, und sie unterliegt laufender Veränderung. Bei bestimmten Regeln, die sich die Kirche setzt, lässt sie schon heute, wenn auch unterschiedlich in den Bistümern, den Gemeinden und Einrichtungen, sehr viel Flexibilität hinsichtlich der Anerkennung von veränderten Lebensverhältnissen, Gewohnheiten und Entscheidungen im Respekt vor diesen Entscheidungen walten. Trotzdem gibt es immer wieder Fälle, die persönlich sehr hart sein können. Darauf lässt man sich ein, wenn man in kirchlichen Einrichtungen arbeitet, ebenso wie übrigens in den politischen Parteien. Wenn mir die Frage gestellt wird, ob wir den Kirchen ihre Eigenständigkeit in diesem Feld nach Art. 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Art. 137 der Weimarer Verfassung nehmen wollen – was eine Verfassungsänderung erfordern würde –, antworte ich, dass ich keinen Grund sehe, an der verfassungsrechtlichen Situation etwas zu ändern.

*Publikum:* Wenn der Staat Gelder an eine kirchliche Einrichtung gibt, sollte daran die Bedingung geknüpft sein, bestimmte allgemeine Rechtsnormen einzuhalten. Wenn z.B. ein Kindergarten zu 70% von der Kommune finanziert wird, sollten dort entsprechende Regelungen der Stadt für das Arbeitsrecht gelten, und nicht das kirchliche Arbeitsrecht.

*Christian Wulff:* Mein Antwort ist eine andere: Wir müssen dafür sorgen, dass Eltern, die ihr Kind nicht in diesen Kindergarten schicken wollen, eine Alternative in zumutbarer Entfernung haben. Es muss dann eben auch ein städtisches Angebot geben. In Osnabrück haben wir mit den kirchlichen Einrichtungen sehr gute Erfahrungen gemacht. Immer mehr Menschen geben ihre Kinder bewusst in kirchliche Einrichtungen, weil sie dort Dinge erwarten, die sie andernorts nicht gesichert sehen, wie Werteerziehung und christliche Erziehung sowie eine bestimmte Wertschätzung von Tugenden und Vorbildrollen. Diesen Anspruch finde ich sehr respektabel, und die entsprechende Wahlmöglichkeit muss gegeben sein.

Die Diskussion um das kirchliche Arbeitsrecht müsste in den Kirchen geführt werden. Im Rat der Stadt zu beschließen, die Finanzierung einzustellen, wäre die falsche Schlussfolgerung.

*Antje Vollmer:* Ich bin, wie gesagt, der Meinung, dass es kein Leben ohne Religion gibt. Was manche Menschen sich zurechtlegen in der Annahme, sich damit von der Religion zu distanzieren, ist oft ein Konstrukt ethischer Zivilreligion. Der von dieser Warte aus geforderte Ethikunterricht umfasst meist eine Mischung von allgemeinen Lebensregeln für das Zusammenleben der Menschen. Aber dies verhilft nicht zu einem begründeten, vertieften Standpunkt in der eigenen Tradition. Der aber ist notwendig, um gegenüber anderen Menschen, denen Religion sehr viel bedeutet, wirklich dialogfähig zu sein. Das ist der zentrale Einwand gegen dieses Modell.

Mich wundert es, dass anscheinend noch immer die Idee weit verbreitet ist, die Kirchen würden in unserer Gesellschaft eine unglaublich große Macht darstellen. Ich empfinde die Kirchen teilweise als erstaunlich schwach, auch was ihr Selbstbewusstsein angeht. Mich interessiert vielmehr, wie bestimmte Formen von Spiritualität, wie die wirkliche Suche nach Wahrheit und dem richtigen Umgang mit den Unsicherheiten der Existenz sich wieder vertiefen. Hier liegen eigentlich die Aufgaben der Zeit und nicht darin, eine potenziell ins Riesige überhöhte Macht der Kirchen anzugreifen.

Dass heute Kindergärten und Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft existieren, hat seinen Grund darin, dass der Staat sich seinerzeit darum nicht gekümmert hat. Man war heilfroh, dass bestimmte Gruppierungen sich dieser Aufgaben annahmen. Erst später entstanden Verträge,



in denen die staatliche Seite für die Erledigung bestimmter sozialer Aufgaben finanzielle Unterstützung zusagte. Das war ökonomisch für den Staat höchst lukrativ, denn in diese kirchlichen Aktivitäten ging ein großes Maß an ehrenamtlicher Freiwilligkeit ein – bei nur geringen Diakonissenlöhnen. Das muss kein Zustand für die Ewigkeit sein, und natürlich müssen Fehlentwicklungen korrigiert werden, dies aber mit einem Blick für die finanzpolitischen Realitäten.

Bei der Suche nach Wahrheit gab es viele Irrwege, Gewalterfahrungen, Gewalt gegenüber anderen, falschen und brutalen Streit und die Ausrottung anderer Überzeugungen. Das sollte jeder heutige Mensch wissen. Aber gerade in der Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte haben die Religionen Möglichkeiten gefunden, falsche Wege zu korrigieren und Gewalt zu reduzieren. Wenn es stimmt, dass Christen heute oft Verfolgte sind, dann lehrt uns die Geschichte, dass sie über Jahrhunderte auch gewaltige Verfolger waren. Indem ich dieses weiß und benenne, kann ich in einen Dialog eintreten und kritisieren, was anderswo passiert. Die gemeinsame Basis ist, dass man über denselben Gegenstand, über die Wahrheit, über den Sinn der Welt, über den Sinn des individuellen Lebens redet.

Im Dialog besteht immer eine Korrekturmöglichkeit, selbst gegenüber einer noch so fest gefügten Überzeugung und Einsicht der Welt, die ich selber habe. Es hat menschlichen Gesellschaften immer geholfen, untereinander über die eigene Tradition und andere Religionen im Gespräch zu bleiben. Letztendlich ist dies eine der wenigen wirklichen Hoffnungen auf eine Zivilisierung des Weltumgangs miteinander.